

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telefon 41.

Redakteur: Paul Jorjich in Viebrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich.

Stille Expedition in Hochheim: Jean Lauer.

Anzeigenpreis: für die 6 Spalten
Colonette oder deren Raum 20 Pfg.,
Reklamette 60 Pfg.

Bezugspreis: monatlich 80 Pfg. einjährl.
Bringerlohn. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Nr. 59.

Donnerstag, den 22. Mai 1919

13. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Nr. 370.

Bekanntmachung.

Durch Verordnung des Kommandierenden Generals des 13. Armee-Korps vom 15. Mai ab die Polizeistunde auf 23 Uhr festgesetzt. Die öffentlichen Lokale müssen um 23 Uhr geschlossen sein.

De Colonne F. H. R.,
Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne).

Nr. 371.

Personen polnischer Nationalität, die wünschen, als solche betrachtet zu werden.

Personen polnischer Staatsangehörigkeit, die den Wunsch haben, als solche betrachtet zu werden, haben an den französischen Kreisverwalter ein Gesuch zu richten mit Angabe der Gründe, warum sie die polnische Nationalität wieder aufnehmen wollen.

Ferner ist anzugeben, was für Beweismittel vorhanden sind.

Wiesbaden, den 18. Mai 1919.
De Colonne F. H. R.,
Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne).

Nr. 372.

An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden.

Die Bürgermeister, welche mit der Erledigung meiner Kreisverwalterverfügung vom 5. April ds. J., Nr. 11, 2022, in Nr. 43 294 nach rückständig sind, werden an die Erledigung mit Frist bis zum 25. d. Mts. erinnert.

Wiesbaden, den 15. Mai 1919.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. H. H. 2022/2.

Nr. 373.

Durch Verordnung vom 8. April 1919 (R.-G.-Bl. S. 378) ist bestimmt, daß die Verordnung über Buchstaben vom 30. Juli 1918 (R.-G.-Bl. S. 1077) am 15. Mai 1919 außer Kraft tritt.

Buchstaben dürfen demnach von den Abnahmestellen nicht mehr abgenommen und Buchstabenabnahme nicht mehr ausgeführt werden. Eine Verwertung von Buchstaben in den Detachments ist nur noch auf Grund früherer Schließungen, die vor dem 15. Mai ausgeführt sind, gestattet. Im übrigen treten mit dem 15. Mai 1919 die allgemeinen Vorschriften über Abnahme und Ablieferungspflicht der etwa aus Buchstaben noch gewonnenen Detachments gemäß § 3 Ziffer 6 der Verordnung vom 15. Februar 1917 (R.-G.-Bl. S. 137) wieder in Kraft, wonach alle durch Pressung gewonnenen Teile dem Reichsausschuß für Detachments, G. m. b. H., in Berlin anzumelden und an ihn abzuliefern sind.

Wiesbaden, den 19. Mai 1919.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. H. H. 2013/1.

Nr. 374.

An die Magistrate und Gemeindevorstände.

Die Magistrate und Gemeindevorstände ersuche ich im Anschluß an das überlieferte Aufschreiben betr. die Erhebung der Beiträge zu den Ausgaben der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen für das Jahr 1918, sowie der Beiträge zur Haftpflichtversicherung für das Jahr 1919, die Beiträge sobald als möglich, spätestens bis zum 1. Juni 1919, unter genauer Bezeichnung der in dem Aufschreiben getroffenen Bestimmungen einzuliefern und auf das Konto der Kreisfinanzkassen in Wiesbaden bei der Kassawirtschaft des Reichsausschusses einzuliefern. Bei der Einlieferung des Betrages ist die Heberrolle ohne Aufschreiben mitzuliefern. Auf der letzten Seite der Heberrolle ist die Bezeichnung über die öffentliche Auslegung auszufüllen und das Siegel beizubringen.

Die Heberrolle steht der Gemeindefinanz zu. Zur Vereinnahmung dieser Vergütung in der Gemeindefinanz ist daher dem Gemeindevorstand alsbald Einsichtnahme zu erteilen. Diese Einsichtnahme ist auf die Rückseite des Aufschreibens zu legen.

Wiesbaden, den 9. Mai 1919.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. H. H. Dr. Penner.

Nr. 375.

Bekanntmachung

Anstelle des wegen hohen Alters freiwillig zurückgetretenen Ortsgerichtsmanns Johann Phil. Schreiber in Wallau ist der Kandidat Konrad Schreiner zum Ortsgerichtsmann in Wallau ernannt und verpflichtet worden.

Wiesbaden, den 16. Mai 1919.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. H. H. 2710.

Nichtamtlicher Teil.

Die Friedensbedingungen.

Die Abfassung der deutschen Gegenvorschläge. Das Kabinett hielt Samstag 4 Uhr eine Sitzung ab, die sich bis spät in den Abend hinzieht und sich mit der endgültigen Abfassung der deutschen Gegenvorschläge beschäftigt.

Paris. Eine weitere Note des Grafen Brodorsky-Rankau, das Saarbecken betreffend, schlägt verschiedene Kombinationen vor, nach welchen Deutschland sich an der Ausbeutung ebenfalls beteiligen würde.

Rückkehr des Gleiberts nach Versailles. Reichsminister Gleiberts ist Samstag Abend nach Versailles zurückgekehrt, da seine Krankheit in Versailles dringender geworden ist. Gleiberts wird am Sonntag in Paris eintreffen. Die „New York Times“ berichten, eine Unterredung mit dem Reichsminister Gleiberts, der sagte, daß die deutsche Regierung diesen Friedensvertrag nicht unterzeichnen kann. „New York Times“ bringt eine Unter-

redung ihres Berichterstatters mit Gleiberts, welcher erklärt, die Annahme des Vertrages müsse zum Wohlwollen in Deutschland führen.

Die Ausfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland. Der holländische Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblattes“ meldet, daß die vorübergehende Störung in der Ausfuhr von Lebensmitteln aus den alliierten Ländern nach Deutschland beseitigt und daß die Ausfuhr wieder fortgesetzt wird.

Eine Klausel über die Ratifikation.

Paris. Reuter. Es verlautet, daß der Friedensvertrag mit Deutschland eine Klausel enthält, die nach nicht veröffentlicht wurde, in der bestimmt wird, daß die Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland und drei der hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächte zwischen den ratifizierenden Parteien in Kraft treten und auf diese Weise die sofortige Wiederaufnahme des Handels zwischen ihnen möglich machen wird.

London. Reuter erklärt, daß außer den militärischen Maßnahmen, die man für den Fall beifügt, daß Deutschland den Frieden nicht unterzeichnen sollte, unter anderem wirtschaftliche Schritte vorgesehen wurden, die die Wiederaufhebung der vollen Blockade in der kürzesten Form zur Folge hätten; andererseits forgt der Oberste Wirtschaftsrat auch dafür, daß die Blockade im Falle der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland aufgehoben und es Deutschland ermöglicht würde, die Bestimmungen des Vertrages auszuführen.

Haas über die diplomatische Lage.

Paris, 17. Mai. Die Minister des Auswärtigen nahmen Beschlüsse der Kommission für die Befestigung der bulgarischen Grenze an. Der Vizepräsident der Kommission auf den Protest des Grafen Brodorsky-Rankau gegen die Befestigung des linken Rheinufers und des Saarbeckens endgültig festgelegt. Lord George war Freitag Abend nach nicht aus Paris zurückgekehrt. Er befindet sich in den besetzten Gebieten der englischen Truppen. — Die Veröffentlichung des Friedensvertrages ist im Grunde beschlossen worden, aber die Ausführungsbestimmungen werden erst am Samstag festgelegt.

Friedensbedingungen und Viehwirtschaft.

Von hochschätzbarer Seite wird geschrieben: Polen, Westpreußen, Ostpreußen, Schlesien und Schleswig-Holstein gehören in jeder Beziehung zu den landwirtschaftlichen Lebensgebieten. Aus diesen Lebensgebieten werden etwa 33 Prozent der für die Viehwirtschaft notwendigen Fleischmengen gedeckt. Wäre die in dem Friedensvertrage vorgesehene preussische Gebiete wirtschaftlich abgetrennt, so würden aus dadurch verloren gehen: 732 000 Pferde, darunter 137 000 Mutterstuten, 2 651 000 Stück Rindvieh, darunter 1 414 000 Kühe und 110 000 Bullen beim Ochsen, ferner 629 000 Schafe, 1 650 000 Schweine, 480 000 Äggen und unzählige Mengen von Kleinvieh. Daß das deutsche Volk unermesslich einer Katastrophe preisgegeben sein würde, wenn seine Ernährungswirtschaft derartige Verluste erleiden würde, ist ohne weiteres klar.

Deutsche Vermittlung des Balkans nachgefragt?

Rom, 19. Mai. Die Blätter melden, daß Prinz Friedrich von Preußen in Begleitung von Vertrauenspersonen der deutschen Regierung sich nach Lugano begibt, wo er mit dem preussischen Gesandten am Vatikan eine Besprechung hatte. Diese Nachricht ist bis jetzt nicht demontiert worden. Man hegt die Annahme, daß von gewissen deutschen Kreisen dringliche Schritte unternommen wurden, um durch die Vermittlung des Vatikans eine Wiedervereinigung in den Friedensbedingungen zu erreichen.

Kontrollen des Papstes auf die Hilfsmittel deutscher Bischöfe.

Auf den Hilfen des Kardinals von Hartmann und anderer deutscher Bischöfe an den Papst um Vermittlung zur Wiedervereinigung der Friedensbedingungen antwortete Benedikt XV. in herzlichen Worten. Nach der „Tribuna“ versichert er dem Kardinal, gerechte Mittel und Wege finden zu wollen, um den katholischen Deutschland nach Möglichkeit zu helfen, soweit es ihm die Zeitverhältnisse gestatten. Er werde nicht ausbleiben, Gott zu bitten, daß er die Regierungsbürokratie erlauchte, in deren Händen in diesem Augenblicke die Geschicke Europas liegen. In vatikanischen Kreisen wird versichert, der Papst werde auf diplomatischem Wege bei den in Paris versammelten Regierungschefs vorstellend werden.

my Versailles, 19. Mai. Graf Brodorsky-Rankau, die Mitglieder der Delegation, welche sich am Samstag nach Spa begeben hatten, trafen heute Mittag 1215 Uhr in Versailles ein. Ferner trafen ein Dr. Bassermann von der Deutschen Bank als Sachverständiger für Finanzfragen und Generaldirektor von Ost als Sachverständiger für Währungsfragen. Die Reichsminister Westers und Landsberg sind bereits am Vormittag hier zurückgekehrt.

my Versailles, 20. Mai. (Haas.) Bei den am Sonntag erfolgten Besprechungen mit dem Reichsminister Dernburg, Graf Brodorsky-Rankau und Dr. Bassermann sowie dem preussischen Finanzminister Sauerhahn und den aus Berlin in Versailles eingetroffenen Wirtschafts- und Finanzsachverständigen wurde eine vollständige Übereinstimmung dahin festgestellt, daß der Friedensentwurf der Entente in der vorgeschlagenen Form unannehmbar ist. Bei dem in der ganzen Welt herrschenden Wunsch nach Verbeilegung eines dauernden Friedens soll jedoch von deutscher Seite nichts unterläßt werden, eine brauchbare Basis für den Frieden zu finden, der den berechtigten Forderungen der Gegner Rechnung trägt und für das deutsche Volk erträglich und erfüllbar ist.

my Versailles, 20. Mai. (Haas.) Dem „Temps“ wird aus Berlin gemeldet: Ein Mitglied des Friedensausschusses der Nationalversammlung hat erklärt, die deutsche Regierung sei bereit, Frankreich die Garantie zu gewähren und ihm sogar einige Rechte an der Soortabelle abzutreten. Die deutsche Regierung werde die Befestigung des linken Rheinufers nach den in Versailles festgelegten Schritten annehmen, wobei sie jedoch verlangt, daß dieses Gebiet administrativ von Deutschland nicht getrennt werde und daß die Klausel besagt, der Bestimmungen der Soortabelle ausgenommen.

Für die Polen werde die deutsche Regierung eine demontierte Hofstadt für das den Polen unerkannte Gebiet anerkennen und für die anderen Distrikte eine Volksabstimmung und eine neutrale oder eine amerikanische Verwaltung fordern. Bezüglich Danzig werde vorgeschlagen, daß nur der Hafen mit einer autonomen polnischen Verwaltung und eine polnische Eisenbahn freigegeben werde. Bezüglich der Insel Helgoland werde Deutschland die Befestigung einer bestimmten Summe verlangen in Antwerpen, daß es keine Voranschläge nicht machen und die Steuer nicht ansetzen könne, wenn es nicht genau wisse, wie viel es zu zahlen habe.

Eiderfeld. Ein aus dem besetzten Gebiet zurückgekehrter Engländer, der rege Beziehungen zu politischen englischen Kreisen unterhält, erklärte: „Eine Wiedervereinigung der Friedensbedingungen werde eintreten, aber erst, wenn die deutsche Kriegspartei seinen Einfluß auf das deutsche Volk mehr habe. Diese Wiedervereinigung dürfte vielleicht in zwei Jahren eintreten.“

Auf die Entscheidung, daß von einer deutschen Kriegspartei nie und nimmer die Rede sein könnte, erklärte der Engländer: „Die Alliierten sind von ihrer Auffassung nicht abzugeben, daß tatsächlich gegenwärtig in Deutschland noch eine Kriegspartei besteht, die jeden Augenblick die Gemüter wieder aufwiegen könnte. Erst wenn diese Partei zur völligen Ohnmacht verurteilt sei, werde man an Erleichterungen herangehen. Mit dieser Tatsache müsse in Deutschland gerechnet werden.“

Eine Gefahr für unsere Sozialversicherung.

Berlin. Die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ weisen darauf hin, daß die in den Friedensforderungen des Bundes enthaltenen Wirtschaftsbedingungen unsere Sozialversicherung aufs schwerste gefährden.

Unmittelbar bedroht ist die Unfallversicherung, da bei dieser Versicherung in größtem Umfang das Umlageverfahren besteht. Durch die Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz der Bevölkerung werden auch die Vermögensanlagen der Versicherungsträger in Mitleidenschaft gezogen werden. Es braucht nur hervorgehoben zu werden, daß die Träger der Unfallversicherung nahezu eine halbe Milliarde, die der Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung über eine halbe Milliarde und die der Lebensversicherung für Angehörte 600 Millionen Mark in Kriegsanleihe angelegt hat. Bei einer Vernichtung dieser Werte würde die gesamte erworbene fähige Bevölkerung um die Früchte ihrer Arbeit gebracht werden.

Die Verdrüßlichkeit der Türkei.

Amsterdam. „Telegraaf“ meldet aus Paris: Man erblickt allgemein in der Befestigung von Smyrna durch die Alliierten die Ankündigung des Endes der Türkei. In Kreisen der Friedenskonferenz wird erklärt, daß von einem Friedensvertrag mit der Türkei keine Rede sei, denn nach einigen Wochen, vielleicht nach Tagen, werde das türkische Reich nach einer Herrschaft von fünf Jahrhunderten zu bestehen aufgehört haben. Die Türkei läßt sich nicht die Veröffentlichung der Bedenken zum Teil an Griechenland fallen werden, während der übrige Teil den freien internationalen Staat Konstantinopel bilden werde. Der armenische Staat werde unter das Protektorat von Amerika kommen, Kleinasien werde durch Griechenland, Italien und Frankreich verwaltet werden. England erhalte eine wichtige Einflusssphäre in Mesopotamien.

Die Amerikaner am Rhein.

Der Pariser „Herald“ meldet: Die amerikanische Flagge, geführt von wenigstens einem Regiment, wird fünf Jahre nach Friedensschluß am Rhein vertreten sein, wenn es Willen gelingt, ein entsprechendes Gesetz durchzubringen. Die Truppen wären natürlich Freiwillige.

my Paris, 19. Mai. (Haas.) Die Verhandlungen über das Adriaproblem sind noch nicht abgeschlossen, doch kann auf Grund von Versicherungen der beteiligten Delegierten versichert werden, daß man sich der Lösung sehr nähert. Es scheint, daß man sich auf die Internationalisierung Triestes einigen wird, da weder Italien noch Serbienwien sich für eine andere Lösung erklären.

my Amsterdam, 19. Mai. Die „Times“ glauben zu wissen, daß Sir Douglas Haig Oberbefehlshaber der britischen Truppen in Indien wird.

my Paris, 19. Mai. (Reuter.) Der Rat der Vier beriet heute über die türkische Frage — Cauchix ist in Paris eingetroffen und über, wie verlautet, im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten in Afghanistan.

Tages-Rundschau.

In offizien Offizieren hatte das deutsche Heer insgesamt 35 000, davon sind 12 000 gefallen, 1000 werden vermißt, 19 000 sind verwundet worden, so daß kaum 2000 gesund aus dem Felde zurückgekehrt sind. Von den Offizieren des Beurlaubtenstandes sind 22 000 tot, 2000 vermißt, 33 000 verwundet. Die Gesamtzahl der Offiziere des Beurlaubtenstandes belief sich auf 166 000.

Die Verluste der deutschen U-Boote.

Paris. Von New York wird gemeldet: Admiral Sims hat bekannt gegeben, daß sich die Zahl der vernichteten oder geflochtenen deutschen U-Boote auf 205 beläuft. 85 Prozent sind durch britische Schiffe zerstört worden.

Kapitalrentensteuer und Reichseinkommensteuer.

Berlin. Die Berliner Abendblätter bringen die Nachricht, daß der neue Reichsfinanzminister sich mit der Absicht trage, den Entwurf einer Kapitalrentensteuer zurückzuziehen und gleichzeitig die Absicht bestünde, eine umfangreiche einheitliche Reichseinkommensteuer einzuführen, die sowohl die kleinen als auch die großen Einkommen erfassen soll. Demgegenüber erfahren wir von zuverlässiger Stelle, daß von einer Zurückziehung der Kapitalrentensteuer keine Rede sein könne, und daß die Reichseinkommensteuer ausweit noch Ermäßigungen ganz allgemeiner Natur zwischen dem Reich und den Bundesstaaten unterliege. Die Kapitalrentensteuer sei lediglich vorläufig zurückgestellt worden, wie überhaupt das ganze bisher aufgestellte Steuerprogramm anstandslos der noch zu verabschiedenden Wege einer erneuten Durchsicht unterzogen werden solle.

Der Wandel in der Kriegspolitik Sonninos.

Lugano. In dem seit etwa zwei Monaten vor dem römischen Kriegengericht sich abwickelnden Kooperationsprozeß gegen Gallieni und Genoa wurde während des Verhörs des letzten Generalstaatsanwalts Fernando Martini die interessante Tatsache festgestellt, daß der gegenwärtige Außenminister Sonnino noch am 18. August 1914 für die Beteiligung Italiens am Kriege an der Seite Deutschlands eintrat.

Kleine Mitteilungen.

Die Weizenkulturbedingungen, die ein kriegsreiches Deutschland Frankreich anferlegt hätte. Unter dieser Überschrift geht uns folgende Mitteilung zu: London. Der „Evening Standard“

